

## **ÜBERSICHT**

**über die Sonderabgaben des Landes**

## **Dokumentation über den Bestand und die Entwicklung aller Sonderabgaben in NRW**

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 17. Juli 2003, BVerfG 2 BvL 1/99 (BGBl. 2003, S. 1728) gefordert, allen nach dem 31. Dezember 2003 aufzustellenden Haushaltsplänen eine Dokumentation über alle Sonderabgaben als Anlage beizufügen. Das Bundesverfassungsgericht begründet dies mit der Pflicht zur Information des Parlaments und der Öffentlichkeit durch eine vollständige Dokumentation der Sonderabgaben und mit dem Gebot der wirksamen parlamentarisch-demokratischen Legitimation und Kontrolle von Planung und Entscheidung über die finanzielle Inanspruchnahme der Bürger für öffentliche Aufgaben.

In die in tabellarischer Form erstellte Anlage wurden alle nicht steuerlichen Abgaben aufgenommen, die weder Gebühren noch Beiträge sind und bei denen auch mangels sonstiger spezieller Sach- und Zweckzusammenhänge „eine Konkurrenz zur Steuer nicht von vorneherein ausgeschlossen ist“ (vgl. Abs. 129 der BVerfG-Entscheidung).

Aufgezählt sind alle Sonderabgaben im Verantwortungsbereich (Rechtssetzungsbereich) des Landesgesetzgebers. Berücksichtigt werden danach neben solchen Sonderabgaben, die bereits an anderer Stelle im Landeshaushalt dokumentiert sind (Beispiel: Abwasserabgabe), auch diejenigen haushaltsflüchtigen Sonderabgaben der selbständigen juristischen Personen, die bisher nicht im Landeshaushalt abgebildet wurden (Beispiel: Umlage der Landwirtschaftskammer). Der Bestand und die Entwicklung der Sonderabgaben nach Art und Umfang werden sichtbar gemacht.

Wird eine Sonderabgabe nicht in die Anlage zum Haushaltsplan aufgenommen, kann dieses Versäumnis nach der neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zur Folge haben, dass die Abgabe nicht verfassungsgemäß ist. Wegen dieser Konsequenz wurden in etwaigen Zweifels- oder Grenzfällen die Abgaben vorsorglich in die Anlage zum Haushaltsplan aufgenommen. Die Nennung der Abgabe in der Anlage zum Haushaltsplan qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe (vgl. Hinweis zur Tabelle).

Soweit Sonderabgaben aufgrund von Landesrecht erhoben werden, die Ermächtigungsgrundlage für diese Rechtsnorm jedoch in einem Bundesgesetz enthalten ist, wird - einer Empfehlung des Bund/Länder-Arbeitsausschusses „Haushaltsrecht und Haushaltssystematik“ folgend - die Sonderabgabe im Landeshaushalt aufgeführt.

## Sonderabgaben

## Einzelplan 03

Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlagen	Abgabevolumen in Mio. Euro			Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
		2008 Ist	2009 Soll	2010 Soll			
Wasserentnahmeentgelt	Wasserentnahmeentgeltgesetz	78,933	86,000	77,400	Schonung des Wasserhaushalts und Vorteilsabschöpfung	Entnehmer von Grund- und Oberflächenwasser	Land; ab 2006 Deckung des Aufwandes, der aus der Umsetzung der WRRL resultiert

## Einzelplan 10

Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlagen	Abgabevolumen in Mio. Euro			Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
		2008 Ist	2009 Soll	2010 Soll			
Umlage der Landwirtschaftskammer NRW	Gesetz über eine Umlage der Landwirtschaftskammer NRW (Umlagegesetz - UmlG) vom 17.07.1951, zul. geändert durch Gesetz vom 17.12.2003 (GV. NRW S. 808)	17,329	16,931	16,931	Bestreitung der Ausgaben der Landwirtschaftskammer NRW	Betriebe der Land- und Forstwirtschaft in NRW im Sinne von Artikel 1 § 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Reform des Grundsteuerrechts vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965)	Förderung und Betreuung der Landwirtschaft und der in ihr Berufstätigen durch die Landwirtschaftskammer NRW und Stärkung des ländlichen Raumes im Rahmen ihrer Aufgaben
Umlage zur Förderung der Milchwirtschaft	§ 22 Milch- und Fettgesetz	2,860	2,600	2,600	<ul style="list-style-type: none"> <li>•Förderung der Milchgüte</li> <li>•Verbesserung der Hygiene bei der Milchgewinnung</li> <li>•Beratung der Molkereien</li> <li>•Milchleistungsprüfungen</li> </ul>	Molkereien	<ul style="list-style-type: none"> <li>•Landesvereinigung Milchwirtschaft</li> <li>•Landeskontrollverband</li> <li>•Landwirtschaftskammer</li> <li>•Landwirtschaftsverbände</li> <li>•Verband der Deutschen Milchwirtschaft</li> </ul>
Beiträge nach § 10 Abs. 3 des Absatzfondsgesetzes	Gesetz über die Errichtung eines zentralen Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft	3,215	3,170	0,000	<ul style="list-style-type: none"> <li>•Absatzförderung von Erzeugnissen der deutschen Landwirtschaft</li> <li>•Erschließung und Pflege von Märkten</li> <li>•Verbesserung der Qualität</li> <li>•Marktberichterstattung</li> <li>•Verbesserung der Markttransparenz</li> </ul>	Molkereien	<ul style="list-style-type: none"> <li>•Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA)</li> <li>•Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (ZMP)</li> </ul>

## Sonderabgaben

## Einzelplan 10 (Fortsetzung)

Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlagen	Abgabevolumen in Mio. Euro			Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
		2008 Ist	2009 Soll	2010 Soll			
Jagdabgabe	§ 57 Abs. 2 Landesjagdgesetz (LJG)	2,048	2,475	2,475	Aus den Mitteln der Jagdabgabe werden die Kosten der oberen Jagdbehörde und der Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung bestritten. Die Jagdabgabe dient der Förderung des Jagdwesens und der Verhütung von Wildschäden.	Jagdscheininhaber/ Jagdscheininhaber	z.B.: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landesjagdverband NRW</li> <li>• Schießstandbetreiber</li> <li>• Deutsche Versuchs- und Prüfanstalt für Jagd- und Sportwaffen</li> <li>• örtliche jagdliche Organisationen</li> </ul>
Beitrag Tierseuchenkasse	Ausführungsgesetz zum Tierseuchengesetz i.V.m. Verordnung über die Beiträge an die Tierseuchenkasse	8,563	7,846	5,340	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entschädigungen</li> <li>• Unterstützungen</li> <li>• Beihilfen bei Tierseuchen</li> </ul>	Tierhalterin/ Tierhalter	Tierhalterin/ Tierhalter
Fischereiabgabe	Landesfischereigesetz	0,752	0,815	0,815	Nach Anhörung des Fischereibeirats wird die Fischereiabgabe zur Förderung der Fischerei verwendet.	Anglerin/Angler	z.B.: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wanderfischprogramm</li> <li>• Fischbesatz</li> <li>• Vereine</li> </ul>
Auflagen für Wasserrechte	Landeswassergesetz und Landesfischereigesetz	0,593	0,400	0,400	Vermeidung von Fischschäden bei Anlagen zur Wasserentnahme	Wasserkraftbetreiber	Verbesserung der Gewässerökologie z.B. durch Fischbesatz
Reitabgabe	§ 51 Abs. 2 Landschaftsgesetz	1,185	0,820	0,820	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anlage und Unterhaltung von Reitwegen</li> <li>• Ersatzleistungen für Schäden an den Privatwegen durch das Reiten</li> </ul>	Reiterin/ Reiter	Reiterin/ Reiter und Entschädigungsempfängerin/ Entschädigungsempfänger

## Sonderabgaben

## Einzelplan 10 (Fortsetzung)

Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlagen	Abgabevolumen in Mio. Euro			Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
		2008 Ist	2009 Soll	2010 Soll			
Abwasserabgabe	Abwasserabgabengesetz	24,144	75,457	35,000	Erhalt und Verbesserung der Gewässergüte	Einleiter von Abwasser	Gruppennützige Verwendung gem. § 13 AbwAG (Kommunen, Industrie, Gewerbe, Private, Gesellschaften öffentl. und privaten Rechts, sondergesetzliche Wasserverbände, etc.)
Ersatzgelder für den Ausgleich an verloren gehendem Rückhalteraum	Landeswassergesetz	0,000	0,000	0,000	Erhalt der natürlichen Rückhaltung im Gewässer	Maßnahmeträger in Überschwemmungsgebieten	Gemeinden

## Einzelplan 14

Bezeichnung der Sonderabgabe	Rechtsgrundlagen	Abgabevolumen in Mio. Euro			Abgabezweck	Verpflichtete	Begünstigte
		2008 Ist	2009 Soll	2010 Soll			
Stellplatzabgabe	§ 51 Abs. 5 Bauordnung NRW i. V. m. kommunaler Satzung	Angaben liegen dem Land nicht vor, da eigenverantwortliche Abgabenerhebung durch Kommune nach Maßgabe kommunaler Satzung			<ul style="list-style-type: none"> <li>Herstellung von zusätzlichen Parkeinrichtungen im Gemeindegebiet,</li> <li>Verbesserung des ÖPNV,</li> <li>Verbesserung des Fahrradverkehrs</li> </ul>	Bauherren	Bauherren durch Verbesserung der Erreichbarkeit ihres Bauvorhabens
Abgabe nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG-Gesetz NRW)	§ 4 Abs. 1 des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG-Gesetz) i. V. m. kommunaler Satzung	Angaben liegen dem Land nicht vor, da eigenverantwortliche Abgabenerhebung durch Kommune nach Maßgabe kommunaler Satzung. Das ISG-Gesetz ist am 21.06.2008 in Kraft getreten. Bisher sind keine ISGs auf gesetzlicher Grundlage bekannt.			Finanzierung von geplanten Maßnahmen der Immobilien- und Standortgemeinschaft	Grundeigentümer und Erbbauberechtigte im Geltungsbereich der Satzung der Immobilien- und Standortgemeinschaft	Immobilien- und Standortgemeinschaften

Die Aufnahme einer Abgabe in diese Übersicht qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.